

Neues Deutschland

28. Januar 2012

ND-Kommentar von Rolf Gössner

Legitimation verspielt

Alle sind überrascht, viele empört. Aber letztlich war der Skandal schon lange bekannt: Die LINKE, etliche ihrer Funktionäre und Abgeordneten werden seit Jahren vom Verfassungsschutz (VS) flächendeckend überwacht – und dürfen das auch. Das ist die bittere Erkenntnis, die aus einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2010 zu ziehen ist. Das Gericht hatte die Klage des Linksfraktionschefs im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, zurückgewiesen und dessen VS-Beobachtung für rechtmäßig erklärt – obwohl Ramelow Richter und VS als verfassungstreu gilt.

Nach diesem Staatsschutzurteil dürfen Funktionäre und Abgeordnete der Linkspartei ausgeforscht werden, egal, ob ihnen selbst »Verfassungsfeindliches« vorgeworfen oder angedichtet wird, oder eben nicht. Denn in den Augen der Bundesrichter unterstützen selbst über jeden Verdacht erhabene Spitzenpolitiker »objektiv letztlich auch die Kräfte in der Partei, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind« – als solche gelten bekanntlich Kommunistische Plattform, Marxistisches Forum oder Linksjugend 'solid. Nach diesem Konstrukt »nützlicher Idioten« gibt es keine »Unverdächtigen«: Denn ebenso gefährlich wie Personen, die der fdGO feindlich gegenüberstehen oder sie beseitigen wollen, so das Gericht, »können Personen sein, die selbst auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen, jedoch bei objektiver Betrachtung durch ihre Tätigkeit verfassungsfeindliche Bestrebungen fördern, ohne dies zu erkennen ... Eine derartige Person, die nicht merkt, wofür sie missbraucht wird,« könne für den Bestand der fdGO »genauso gefährlich sein wie der Überzeugungstäter«.

Nach diesem Muster werden demokratisch gewählte Linkspolitiker vom »Virus« der Verfassungsfeindlichkeit erfasst, dürfen nachrichtendienstlich instrumentalisiert und verdachtsunabhängig ausgespäht werden, um Erkenntnisse über die Linkspartei zu gewinnen. Und so verwundert es nicht, dass auch Petra Pau, Gregor Gysi, Dagmar Enkelmann und andere »Unverdächtige« durch sieben VS-Bundesbeamte zum Spottpreis von jährlich fast 400 000 Euro eifrig ausgeforscht werden – und zwar nicht nur, wie behauptet, über offene Quellen, sondern via VS-Länderbehörden auch mit geheimen Mitteln.

Diesem Spuk muss endlich ein Ende bereitet werden. Denn nicht allein die unverhältnismäßige Dimension der Überwachung ist skandalös, sondern die Tatsache der VS-Ausforschung überhaupt. Damit wird das parlamentarische Kontrollprinzip »Legislative kontrolliert Exekutive« praktisch ins Gegenteil verkehrt; damit geraten Unabhängigkeit und freies Mandat der Abgeordneten in Gefahr und auch die demokratische Willensbildung leidet unter Ausgrenzungs- und Abschreckungseffekten. Wer überwachte Abgeordnete kontaktiert, läuft Gefahr, selbst zum Objekt heimlicher Beobachtung zu werden.

Wer als Bundesinnenminister die geheimdienstliche Ausforschung von Linkspolitikern damit rechtfertigt, dass auch die NPD beobachtet werde, wer also links und rechtsextrem derart unseriös gleichsetzt, der ist als »oberster Verfassungsschützer« fehl am Platz – schon gar angesichts der katastrophalen VS-Fehlleistungen bei der Bekämpfung des Naziterrors. Dieser Geheimdienst mit dem Tarnnamen »Verfassungsschutz« hat seine Legitimation längst verspielt, ist selbst zur Gefahr geworden für Verfassung, Demokratie und Bürgerrechte.

Dr. Rolf Gössner ist Anwalt, Publizist und Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte. Er ist selbst vier Jahrzehnte lang illegal geheimdienstlich überwacht worden.